

# Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden,  
Kaden & Comp., Nr. 1208.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Kontokonto:  
Gebr. Kumbold, Dresden  
undächs. Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Königsbrunn und Dresden-Lößnitz

Verlagspreis einschließlich Bringerlohn in der 41. Woche vom 6. bis 2. Oktober 44.000.000 M., unter Kreuzband für Deutschland die Nummer 9.000.000 M., Einzelnummer 8000.000.- M.  
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 281.  
Erscheinungszeit nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25 281.  
Erscheinungszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Grundpreis mal Schlüsselzahl. Grundpreise: die 20 mm breite Komparatzeile 135 M., die 90 mm breite Reklamzeile 500 M., für auswärtsige Anzeigen 160 und 540 M. Schlüsselzahl: 100.000. Familienanzeigen, Stellen- und Briefgeschäfte 40 Proz. Rabatt. Für Briefverbreitung 8000.000 M.

Nr. 237

Dresden, Mittwoch den 10. Oktober 1923

34. Jahrg.

## Hochverrat der Schwerindustrie

Das Schicksal des Ruhrgebiets in Stinnes' Händen — Poincaré verhandelt nur mit den Industriellen — Gemeinsame Ausschaltung der Reichsregierung

Die Diktatur des Großkapitals ist nicht nur auf dem Marsche, sondern bereits eine Tatsache. Unter Führung des Herrn Stinnes haben die deutschen Schwerindustrie-Kongerne die Staatsmacht ausgeschaltet und über den Kopf der Reichsregierung hinweg mit auswärtigen Mächten verhandelt, ja sogar Abkommen getroffen, die zu schließen allein die öffentliche Gewalt berechtigt ist.

Die Vorgänge haben einen tiefen politischen Sinn. Seit dem Zusammenbruch 1918 hatte der deutsche Volk keine geflügelte Staatsmacht mehr, die ihm durch Polizei, Militär und Justiz die ausgebeuteten Proletarier ausbeutungsmäßig erhielt. Durch die Verlegung der sozialdemokratischen Volksbeauftragten war die Ausübung des Koalitionsrechts frei geworden und die Ausschaltung der Reichsregierung durch die Schwerindustrie konnte nicht mehr unbeschränkt den „Herrn im Hause“ spielen. Da dem Großkapital nicht mehr die Staatsmacht als Mittel gegen die ringende Arbeiterklasse zur Verfügung stand, baute er planmäßig seine Wirtschaftskongern aus, bis sie stark genug waren, selber Staatsmacht zu spielen. Die organisierten Industriellen haben der Reichsregierung dauernd die Mittel zugeworfen, d. h. so gut wie verweigert, um sie im Inneren zu schwächen, zu diskreditieren, lahmzulegen. Durch finanziellen Ruin und Zusammenbruch wollte das Großkapital den Zeitpunkt herbeiführen, wo es als mächtvoller Phönix siegreich aus der Asche heraufsteigen konnte.

Jetzt ist die Stunde des Höhenflugs gekommen. Das Großkapital will wieder unbeschränkter Herrscher sein. Die Führung hat die Schwerindustrie. Ihre Vertreter hatten nicht nur die große Koalition geplatzt, sondern waren vorbereitet, die Diktatur auch formal zu übernehmen. Der Generalbevollmächtigte von Stinnes, Herr Rinow, sollte Finanz- und Wirtschaftsdiktator werden, General v. Gallwitz die bewaffnete Macht gegen die Arbeiterklasse leiten und Herr Stegerwald die „Arbeiter beruhigen“. Die Umfassung Berlins, der Vorstoß von Bayern usw. stand sicher mit den Schwerindustriellen Plänen im Einklang. Durch vorzeitige Aufdeckung in Rüsting wurde das Zusammenspiel zunächst durchkreuzt.

Um so eifriger werden nun die wirtschaftlichen Pläne des Großkapitals in die Tat umgesetzt. Der Achtstundentag wird heftigst. Die Lebensader der deutschen Wirtschaft, das Ruhrgebiet, ist in französischer Gewalt. Das ist eine glänzende Gelegenheit für die Schwerindustrie, die Arbeiterklasse in schärfere Ironie zu nehmen. Mit einem Federstrich wurde wider Recht und Vertrag der Achtstundentag (ohne Ein- und Ausfahrt) für unter Tage und der Zehnstundentag über Tage diktiert. Nur dem schnellen Eingreifen des preussischen Handelsministers, Genossen Siering, war es zu danken, daß Verwirrung unter die Grubenherren gebracht wurde, so daß die Verlegung vorerst noch nicht ausgeführt wird. Daß sie erfolgte, ist eine beispiellose Gewalttat der Kapitalmächte. Wäre zugleich politisch das Direktorium in Berlin gelungen, so wäre über die Arbeiterklasse das Schicksal bereits verhängt und sie stünde im Kampfe auf Leben und Tod. Denn daß das deutsche Proletariat sein Recht einsetzt, seine ganze soziale Existenz, das muß erhofft und erwartet werden.

Doch weiter: das wahrhaft Leuzische der ganzen Pläne der Kapitalmächte wird jetzt erst sichtbar. Die Herren Stinnes, Rinow und Bogeler haben auf eigene Faust mit dem französischen Oberkommandierenden General Degoutte verhandelt und von ihm gefordert, die Gewalt der Bajonette für ihr Diktum über die Arbeiterklasse einzusetzen. Die französische Militärmacht sollte die deutschen Industriellen bei der Einführung des Zehnstundentages unterstützen. Mehr noch: Degoutte sollte selber den Zehnstundentag als französische Forderung verlangen. Nach französischen Meldungen hat Degoutte nicht den Zehnstundentag verlangt, im Gegenteil, er habe das abgelehnt und erklärt, die Regelung der Arbeitszeit sei eine Angelegenheit der deutschen Gesetzgebung. Wenn das wahr ist, so hat der französische Militärdiktator den deutschen Wirtschaftsdiktatoren eine politische Lektion erteilt, die sie vor Scham erröten lassen müßte, wenn Industriemagnaten des Erdens noch fähig wären. Durch Degouttes Abweisung erfuhren die Herren, daß ihr Organ der Landesverrat ist! Aber kalküllos soll Herr Stinnes erwidern haben: „Nun gut, wir werden uns selbst helfen!“ Darauf ist dann die Verlegung des Zehnstundentages selbstherrlich ergangen. Die Stinnesleute wissen natürlich, daß, wenn sie durchgesetzt wird und darob soziale Kämpfe mit der Arbeiterklasse ausbrechen, die französischen Bajonette trotzdem ihnen zu Hilfe kommen werden — durch „Sicherung der Ruhe und Stinnesordnung“. Wir täuschen uns nicht, daß die Verlängerung der Arbeitszeit der französischen Gewalttätigen sehr willkommen sein wird, daß sie aber gerissen genug sind, das Odium dafür den deutschen Schwerindustriellen zu überlassen.

Das Verbrechen der Schwerindustriellen ist aber auch kanakpolitisch beispiellos. Sie schalten einfach die Reichs-

gewalt aus! Die Reichsregierung ist ihnen Luft. Sie verhandeln mit den fremden Mächten, die sie vor dem Volke als „Feinde“ bezeichnen und schließen mit ihnen Abkommen. Herr Stinnes hat ja schon vor Jahr und Tag das Stinnes-Luberjac Abkommen getroffen, das ihm sechs Prozent Profit sichert und das nur die Reichsregierung zu treffen zuständig war. Jetzt spielt er sich als Herr des ganzen Ruhrgebiets auf und regelt die Wirtschaftsverträge mit den französischen Mächten. Das ist Landesverrat und Hochverrat zugleich. Die ausgeschaltete Reichsregierung hat gestern eine leidendehame Erklärung durch den Mund des Innenministers Sollmann abgegeben (siehe Reichstagsbericht), die kein Wort der Brandmarkung enthält, ja, nicht einmal verrät, ob man irgend etwas gegen die Hoch- und Landesverräter unternehmen wolle. Sie wolle nur die Antworten auf ihre eignen Anfragen in Paris und Brüssel abwarten, ob man mit ihr eine Meinungsäußerung über die Ruhrfragen pflegen wolle. So behalten die Landesverräter freie Hand. Sie können sich auch bei ihren nächsten Schritten herausreden, sie hätten die Reichsregierung vor ihren Unternehmungen nicht persönlich angetroffen und „unterrichtet“ sie also „schriftlich“. Wie diese „Unterrichtung“ aussieht, ist durch eine „Indiskretion“ aus Tageslicht gekommen. Die Diktatoren stellen ultimativ der Reichsregierung folgende Forderungen:

- Erlass der seit der Ruhrbesetzung beschlagnahmten Kohle.
- Erlass der seit dieser Zeit zwangsweise erhobenen Kohlensteuer.
- Beseitigung der Kohlensteuer für das Ruhrgebiet.
- Garantie der Versorgung für künftig zu liefernde Reparationskohle.
- Aufhebung des Kohlenkommissariats und der staatlichen Verteilungsorgane der Kohlen im besetzten Gebiet.
- Ernennung der Kommission der Industriellen, die Verhandlungen weiterzuführen.
- Ermächtigung der Kommission, mit den Besatzungsmächten laufende Fragen zu regeln.
- Verlängerung der Arbeitszeit auf 8 1/2 Stunden und Aufhebung sämtlicher Demobilisierungsvorordnungen.

Hier ist die Ausschaltung der Staatsgewalt bereits in Paragraphen gebracht. Die Schwerindustriellen verfügen über das Schicksal des Ruhrgebiets, seiner Wirtschaft, seiner Arbeit. Sie regeln die „laufenden Fragen“ mit den Besatzungsmächten. Sie verfügen den Zehnstundentag und befreien sich von allen Fesseln und Abgaben, die ihre Profitiererschaft lähmen.

Die Reichsregierung hat abgedankt, wenn sie sich diesen Hoch- und Landesverrat gefallen läßt. Die Koalitionsregierung scheint noch keine Entschlußkraft gefunden zu haben, die über bloße erklärende Worte hinausgeht. Was sagt sie zu dem „Phönix“-Abkommen des Otto Wolf-Kongresses? Hier ist bereits ein Vertrag geschlossen, der in die Reichsgewalt eingreift und die Ruhrlieferungen regelt. Was Wolf schon tat, wird morgen der Stinneskongress für das ganze Ruhrgebiet machen, wenn die Regierung gaudert. Herr Stinnes erklärt in seiner Presse, er habe nur „informativ“ mit Degoutte verhandelt, um die notwendigen Bedingungen und Schritte kennen zu lernen. Er kennt sie und wird so handeln wie Wolf.

Es hilft nichts: der Kampf gegen die Machtansprüche des Großkapitals muß aufgenommen werden! Die Arbeiterklasse kann es bei Strafe ihrer Verfallung nicht dulden, daß die Kapitalmächte selbstherrlich über ihr Dasein verfügen. Wenn die Staatsgewalt verfallt, so entbrennt der soziale Kampf auf Leben und Tod.

Das Proletariat muß auf alles vorbereitet sein!

### Zusammenspiel Poincaré-Stinnes

rs. Paris, 10. Oktober. (Fig. Drahtmeldung.) Der deutsche Geschäftsträger in Paris wird heute Poincaré eine Note der Reichsregierung über gemeinsame deutsch-französische belgische Ruhrverhandlungen überreichen, jedoch wird der heutige Schritt zu keinem praktischen Erfolg führen. Poincaré setzte sich bereits gestern abend mit der belgischen Regierung ins Einvernehmen. Er will nur private Abmachungen mit der Industrie treffen, während es der Reichsregierung überlassen bleibt, später Vorschläge der Reparationskommission zu übergeben. Vorher aber soll sie den Eisenbahnen des besetzten Gebietes die Wiederaufnahme der Arbeit besetzen.

Das Landesverräterische Spiel geht also Hand in Hand mit Poincaré. Die französischen Machthaber schieben die Reichsregierung beiseite und werden über das Ruhrgebiet nur noch mit Stinnes und Konjunkten verhandeln. Mit den Ruhrindustriellen regeln sie alle Fragen, weil sie mit ihnen die Russeninteressen gemein haben. Der Reichs-

regierung wird dann nur erlaubt, für die allgemeine Reparationen die Kosten zu zahlen. So verraten und verschandern die Industriellen das Ruhrgebiet an die französische Gewalt! Der deutsche Kapitalist und der französische General sind die Herren des Ruhrproletariats. Die Vorstufe zur Diktatur über das ganze deutsche schaffende Volk!

### Der siegreiche Phönix

Das Wolf-Abkommen mit den Franzosen

Paris, 9. Oktober. Der Main teilt in bestimmtester Form ein Abkommen mit, daß die Gruppe Otto Wolf-Phönix mit dem General Degoutte abgeschlossen und unterzeichnet hat. In diesem Abkommen ist vereinbart worden: 1. Die Gruppe Phönix hat an die französische Regierung die Kohlensteuer von den letzten drei Monaten des Jahres 1922 zu bezahlen, die noch nicht geliefert ist. 2. Die Gruppe Phönix wird den Franzosen eine Menge Kohlen liefern, die in einem bestimmten Verhältnis zum Ertragsnis der Gruben und Stätten stehen, die dieser Gruppe gehören. 3. Die Belieferung der französischen Besatzungstruppen und der Eisenbahngregie geschieht auf Grund ihrer Priorität. Die anderen Lieferungen werden auf Grund von Requisitionsscheinen erfolgen. 4. Die Vorräte an Metallergüssen werden nach Maßgabe der durchgeführten Leistungen freigegeben mit Zwangsgarantie für die Summen die Frankreich auf Rechnung der Kohlensteuer zufallen. 5. Nach Erfüllung dieser Bedingungen wird der Gruppe Phönix gestattet, ihre Kohle und Produkte in Deutschland zu verkaufen und eine gewisse Anzahl von Tonnen nach Ausland zu exportieren. 6. Alle diese Verträge und Exporte sind der Zustimmung von Dingen durch die französische Kohlen- und Güternkommission unterworfen.

Die Berliner Presse erfährt, daß diese Main-Meldung sachlich richtig ist. Es müßte aber auch hier betont werden, daß die Wolf-Gruppe in keiner Weise von der Regierung beauftragt sei, derartige Verhandlungen zu führen oder gar Verträge abzuschließen.

### Auflehnung gegen die Diktatur

Proletarische Warnung aus dem Westen

Gelsenkirchen, 5. Oktober. Die Gelsenkirchener Zeitung der freien Gewerkschaften hielt gestern gemeinsam mit dem Parteivorstand der V. S. P. D. eine Besprechung ab. Als Ergebnis der Verhandlungen wurde ein Schreiben abgefaßt, das an den Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der V. S. P. D. des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, den Vorstand der V. S. P. D. und die Reichstagsfraktion der V. S. P. D. gerichtet wurde. In dem Schreiben heißt es: „Nach der Regierungserklärung über die Aufhebung des passiven Widerstandes geht die Großindustrie dazu über, in rückwärtsgerichteter Weise die Arbeit einzuschränken. Halb vollendete Bauten und Anlagen werden mit einem Schlag stillgelegt. Eine 2000 Bau- und Montagenarbeiter sind hierdurch arbeitslos geworden, obwohl Baumaterial genügend vorhanden ist, um die Werke noch monatelang zu beschäftigen. Ferner sind Bestrebungen im Gange, die vierzehntägige Kündigungsfrist aufzuheben, um so durch eine einseitige zu erreichen. Der Zweck ist, sich schnell bei überflüssig erscheinenden Arbeitskräfte entledigen zu können. Hieraus ist ersichtlich, daß die Industrie rückwärts die Belastung, die sich aus der Ueberausdehnung des passiven Widerstandes zum normalen Zustand ergibt, auf die Arbeiterklasse abwälzt. Diese Maßnahme, verbunden mit dem Abbau der Lohnförderung sowie der Arbeitslosenunterstützung brocht in unserem Gebiet ein Chaos herbeizuführen. Wir weisen ferner auf die Gefahr hin, daß bei einer Nachdiktatur im Weste eine Abtrennung der besetzten Gebiete vom Reich nicht zu vermeiden sein wird. Aus diesen Erwägungen heraus fordern wir:

1. Nicht Aufhebung, sondern Ergänzung der Demobilisierungsvorordnung.
2. unbedingte Unterstützung der Ruhrbevölkerung während der Zeit des Überganges.
3. unverrückbares Festhalten an der gesetzlich festgelegten Arbeitszeit von acht Stunden; Ausnahmen sind nicht Angelegenheit der Gesetzgebung, sondern unterliegen der freien Vereinbarung zwischen den in Frage kommenden Gewerkschaften mit den Unternehmern.
4. höchste Aktivität in der Außenpolitik (dem ersten Schritt der Aufgabe des passiven Widerstandes, müssen schnellstens die sich daraus ergebenden Schritte folgen).
5. Verfestigung der Reichsautorität in Bayern mit allen Mitteln.
6. Unterordnung der Reichswehr unter republikanisch verwaltete Zivilkommissionen.

Die Schritte sind notwendig, um zu verhindern, daß die Rhein- und Ruhrbevölkerung den separatistischen Bestrebungen in die Arme getrieben wird. Die unterzeichneten Organisationen sind überzeugt, daß es durch die entschiedene Haltung der Gewerkschaften sowie der Parteileitung, die sich nicht scheut, die ganze Autorität der Organisationen in die Waagschale zu werfen, gelingt, das Chaos in Deutschland zu beseitigen und die Einheit des Reiches zu wahren.